

Auch Kreisgremium gegen die Auflösung des Stadtjugendamtes

Jugendhilfeausschuss sieht Bad Kreuznacher Einrichtung in großer Gefahr

KREIS BAD KREUZNACH. Was bedeutet die Auflösung des städtischen Jugendamtes für die Bürger? Das fragte Axel Ghane-Basiri vom Internationalen Bund im Kreisjugendhilfeausschuss. Die restlichen Ausschussmitglieder stützten eine Stellungnahme, die sich gegen die Auflösung richtet.

Nicht nur in Bad Kreuznach, sondern landesweit noch in vier weiteren großen kreisangehörigen Städten sollen die Jugendämter im Zuge der geplanten Verwaltungsreform abgeschafft werden. Acht Argumente dagegen sind in einer Stellungnahme zur Rettung der Ämter in allen fünf Städten aufgelistet. Ausschuss-Vorsitzender Günter Kistner hält das Schriftstück für ein "sehr gutes Papier." Er wies auf Verträge des Jugendamtes mit Partnern hin. Die Reformpläne ließen rechtliche Fragen offen. Er bezweifelt einen Einspareffekt durch die Abschaffung des Amtes und hob die "persönliche Bindung" der Bürger an diese Behörde hervor. Auch seine Stellvertreterin und Landtagsabgeordnete Bettina Dickes (CDU) plädierte für den Erhalt. Die Reform sei am grünen Tisch im Ministerium entwickelt worden. Noch stünden Expertenanhörungen dazu aus. Damit könnten die Pläne wieder vom Tisch kommen, hofft sie.

Das städtische Jugendamt ist laut Kreisbeigeordnetem Hans-Dirk Nies (SPD, Winzenheim) fest in der Bevölkerung verwurzelt. So warb auch er für den landesweit einheitlichen Entwurf zur Stellungnahme.

Axel Ghane-Basiri sieht das Papier dagegen kritisch. Er vermisst Erläuterungen, wie sich eine Auflösung auf die inhaltliche Arbeit für Kinder und Jugendliche auswirke. Mit seiner Enthaltung verabschiedete der Ausschuss schließlich den Entwurf.

Der Rat segnete 242 900 Euro an Zuschüssen für Umbauten in sieben Kindergärten ab. Es sollen 58 weitere Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahre entstehen. Nach ausführlicher Debatte über den Haushaltsplan 2010 (wir berichteten gestern) und die Stellungnahme winkte die Runde die Anträge ohne Diskussion durch.

Die Umbauten im Einzelnen: Die Gemeinde Rüdesheim bekommt 28 000 Euro für sieben neue Plätze in ihrer Einrichtung. Die katholische Kirchengemeinde St. Gordianus in Planig erweitert ihren Kindergarten für insgesamt 224 000 Euro um zehn Krippenplätze. Stadt und Kreis geben dafür jeweils 44 750 Euro hinzu. Die Stadt erhält noch 89 500 Euro vom Kreis für eine zehn Plätze große Krippe. Dort sollen insgesamt 249 500 Euro verbaut werden. Im städtischen Kindergarten in der Steinkaut entstehen 22 weitere Krippenplätze. Zu diesen Umbauten gibt der Kreis 2800 Euro hinzu. (gb)